

Erscheint  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstag,  
Donnerstag und  
Sonntag.

Inserate:  
Für den Raum  
einer  
kleinsten Zeile  
10 Pf.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement  
vierteljährlich  
1 M. 20 Pf.  
incl. Bringer-  
lohn.

Dieses Blatt  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittag 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

### Erlaß, die Benutzung der Bezirksstraßenwalze betr.

Die Königl. Amtshauptmannschaft hat wahrgenommen, daß die in Neustädte stationirte Straßenwalze des hiesigen Bezirksverbandes von den Wegebaupflichtigen immer noch nur in seltenen Fällen benutzt wird.

Wenn jedoch neben der richtigen Auswahl und Verwendung des Materiales der Gebrauch von Walzen bei Neubauten wie bei Reparaturen von Wegen zur Dichtung und Befestigung der Steinschlagdecke von besonderer Wichtigkeit ist und auch um deswillen im eigenen Interesse der Bauenden liegt, als gewalzte Wege der Abnutzung einen längeren Widerstand zu leisten im Stande sind, so sieht sich die unterzeichnete Amtshauptmannschaft veranlaßt, den Wegebaupflichtigen die Benutzung der Bezirkswalze mit dem Hinzufügen besonders zu empfehlen, daß die Abgabe der Walze **unentgeltlich** erfolgt und es sich empfiehlt, die diesfälligen Anträge an Herrn Bezirksstraßenmeister Eckhardt allhier zu richten, welcher dafür beizugehen wird, zu thunlichster Vermeidung von Transportkosten die Walze unter den Antragstellern in geeigneter Weise in Circulation zu setzen.

Bei Befürwortung und Vertheilung von Staatsbeihilfen werden in Zukunft diejenigen Gemeinden, bez. Gutsbezirke, vorzugsweise Berücksichtigung finden, welche sich, dafern die örtliche Lage es irgend gestattet, zu gehörigem Abwalzen verpflichten.

Schwarzenberg, am 29. October 1878.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Freiherr von Wirting.

Glaubhaft erstatteter Anzeige zu Folge sind in der Nacht vom 23. zum 24. d. M. mittels Einbruchs aus einem Verkaufsladen in Carlsefeld

- 1) zwei Rollen in graues Papier verpackte blaue Schürzenleinwand von je einigen 30 Metern und
- 2) ein silbernes Zweithalerstück sächs. Gepräges, ein Zwanzigpfennigstück, gegen 15 Stück alte Zweipfenniger und 47 1/2 Kreuzer österr. Währung

gestohlen worden. Man bittet, hierauf bezügliche Wahrnehmungen unverweilt anzuzeigen.

Königliches Gerichtsamt Eibenstock,  
den 29. October 1878.  
Landrod.

R.

### Tagesgeschichte.

— Berlin, 31. Okt. Der „Reichs Anzeiger“ macht bekannt das Verbot des „Berliner Arbeiterbundes“, wozu sechs namentlich aufgeführte Gesangsvereine gehören, des Fachvereins Berliner Knopfaber und Berufsgenossen, des Vereins Vorrichter und Strepper Berlins, ferner des allgemeinen Keppschläger- und Seilervereins in Altona, des Vereins der sozialdemokratischen Volkspartei in Goiditz, des Arbeiterunterrichtsvereins in Bremen, fünf namentlich genannter Vereine in Darmstadt, endlich das Verbot einer einzelnen Nummer und des ferneren Erscheinens der in Barmen und Elberfeld erscheinenden „Bergischen Volksstimme“ und ein vom Polizeipräsidenten in Berlin gegen zwölf nicht periodische Druckschriften, darunter sechs Lasalle'sche, ergangenes Verbot. In Amsberg sind verboten der Theaterverein Germania; der Gesangsclub Vorwärts; der Gesangsverein Liederfreund; ferner in Dortmund das „Hessische Volksblatt, Organ für das werththätige Volk“. In Braunschweig sind von der Polizei-Direktion der „Braunschweiger Volksfreund“, sowie die dazu gehörenden Wochenbeilagen: „Wochenausgaben“ und „Leuchttugeln“ verboten worden. Die Kreisregierung in München hat am 30. Octbr. die polizeiliche Beschlagnahme des sozialistischen Blattes „Der Zeitgeist“ bestätigt, diese Nummer verboten und zugleich das Verbot auf das fernere Erscheinen des Blattes erstreckt.

— Die von den Sozialisten gegründete Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei bereitet das Erscheinen einer neuen Zeitung vor. Der bereits ausgegebene Prospekt ist äußerlich sehr maßvoll gehalten und betont, daß die Herausgabe einer Zeitung für das Unternehmen, das ganz darauf eingerichtet sei, geradezu eine Existenzfrage sei. Ganz neues Redaktionspersonal soll eintreten, jedoch bleiben Redaktion und Expedition wegen schwerer Miethverpflichtungen noch im alten Lokale. In der neuen Zeitung, welche den Titel „Berliner Nachrichten“ führen wird, soll nach dem soeben ausgegebenen Prospekt alles vermieden werden, was dieselbe mit dem Gesetz irgendwie in Konflikt bringen könnte. Dagegen soll der Besprechung aller praktischen Vorschläge zur friedlichen Lösung der sozialen Frage entsprechender Raum in dem Blatte gewährt und somit der direkten Aufforderung des Fürsten Biemarck nachgekommen werden, der bekanntlich in der Debatte über das Sozialistengesetz erklärte, „für die verständigen Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben“. — Nach der sofortigen Unterdrückung der „Berliner Tagespost“ liegt allerdings die Vermuthung nahe, daß das Polizeipräsidenten auch das neue Blatt als eine Fortsetzung der unterdrückten „Berliner Freien

Presse“ ansehen und die Beschlagnahme desselben sofort bei seinem Erscheinen anordnen wird.

— In Berlin suchen die fortschrittlichen Zeitungen von dem Zeugniß, das ihnen von den sozialdemokratischen Führern ausgestellt worden ist, daß sie der Sozialdemokratie vortreflich den Boden bereiten, bestens Nutzen zu ziehen. Sie laufen förmlich Sturm nach den 12,000 Abonnenten, welche die „Berl. Fr. Pr.“ gehabt hat. Die Expeditionen müssen den Leuten vorhalten, daß die betr. Blätter ja auch „oppositionell“ sind und Preßprozesse gehabt haben, müssen im Nothfall die Zeitung für einen Monat gratis versprechen u. s. w. Bis jetzt soll der Erfolg gering sein, weil die Sozialdemokraten immer noch daran glauben, es werde wieder ein ihnen allein gehöriges Parteiblatt erscheinen.

— Berlin. Es ist jetzt wieder mehrfach von einer Revision der Gewerbeordnung die Rede. Es liegt im Plane der Reichsregierung, gegen die sozialdemokratische Bewegung nicht nur an der Hand eines Ausnahmegesetzes vorzugehen, sondern auch auf anderen Gebieten Mittel gegen die Ueberhandnahme sozialdemokratischer Agitationen zu suchen und zu finden. Es ist richtig, daß man auch dabei an die Gewerbeordnung gedacht hat, allein man ist noch zu keinem bestimmten Abschluß gelangt, und es scheint auch nicht, daß man zunächst über die Gewerbeordnungsnovelle hinausgehen wird, welche dem aufgelösten Reichstage vorlag und dort unerledigt geblieben ist. Als ganz unrichtig wird bezeichnet, daß eine Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes im Werke sei. Selbst die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz scheint vorläufig noch auf sich warten zu lassen. Die preussische Regierung hatte im Bundesrathe auf eine möglichst schnelle Erledigung dieser Angelegenheit gedrungen, konnte solche indessen bei den übrigen Bundesstaaten nicht durchsetzen. Es ist sehr fraglich, ob die Angelegenheit schon der nächsten Session vorgelegt werden wird. Wichtig ist indessen, daß eine Anzahl von Bundesregierungen eine Revision der Gewerbeordnung im weiteren Umfange als wünschenswerth bezeichnet hat.

Das Leichenschaugesetz, dessen Einbringung man in der bevorstehenden Frühjahrssession des Reichstages bestimmt erwartete, wird, wie man versichert, einstweilen noch nicht vorgelegt werden. Allerdings sind in neuerer Zeit Erhebungen über bereits bestehende, derartige Einrichtungen angeordnet worden, doch soll durch dieselben nur klar gestellt werden, in wie weit ein Bedürfnis für ein solches Reichsgesetz überhaupt vorhanden ist oder nicht. Man erinnert sich, daß schon im Reichstage — obwohl man allseitig den hohen Werth eines Leichenschaugesetzes schon im Interesse einer genauen Krankheitsstatistik anerkannte — dennoch sehr erhebliche Bedenken gegen den Erlaß eines sol-